

Ein neuer amerikanischer Aufbruch ins All – Grundsatzrede von George W. Bush vor der NASA:

„Wir entscheiden uns dafür, den Weltraum zu erkunden, weil dies unser Leben verbessert und unsere nationale Moral hebt. So let us continue the journey. May God bless.“

Anfang des Jahres kündigt Bush „eine radikale Wende in der Raumfahrtspolitik“ an (SZ, 15.1.). Schon in elf Jahren sollen wieder amerikanische Astronauten auf dem Mond landen, und von 2020 an sollen von einem dauernd besetzten Stützpunkt auf dem Mond zunächst Flüge zum Mars und später auch „zu den Welten darüber hinaus“ (Bush) unternommen werden. Über den Sinn dieses Aufbruchprogramms zu fernen Welten wird öffentlich gerätselt: Während die einen von der „Steckdose Mond“ schwärmen, durch die sich der „Energiehunger der gesamten Menschheit für 1000 Jahre decken lässt“ (Ulf Merbold, unser Mann im Weltall) – der Erdtrabant besitzt große Mengen Helium 3, das sich als Brennstoff für eine kontrollierte Kernfusion eignet –, sehen die anderen dunkle Machenschaften am Werk („In Wirklichkeit geht es um die Kontrolle der Bodenschätze des Mondes“, Wirtschaftswoche, 29.1.) und befürchten eine „Militarisierung via Mars“ (Neues Deutschland, 16.1.). Je weniger ein bestimmter Nutzen des angekündigten Weltraumprogramms ersichtlich ist, umso freier kann man spekulieren und die Grenze zwischen *science* und *fiction* verwischen. Oder gleich von „Mythos und Magie“ des „roten Planeten“ schwadronieren und sich von der amerikanischen Mars-Mission Auskunft auf die „uralte Frage“ versprechen: *Gibt es Leben auf fremden Planeten? Sind wir allein im Universum?*

Der oberste Ami selbst sieht Sinn und Zweck des Unternehmens so:

1. In den vergangenen 30 Jahren hat kein Mensch eine andere Welt betreten oder sich weiter als 386 Meilen ins All gewagt. Es ist für Amerika an der Zeit, die nächsten Schritte zu unternehmen.

Was, nicht mehr als 386 Meilen, also nicht mehr als „in etwa die Entfernung zwischen Washington und Boston“? Das hält der Mensch – das ist ja wohl klar! – nicht noch weitere 30 Jahre aus. Schließlich ist die Menschheit im Allgemeinen und die prächtige Subspezies des Amerikaners im Besonderen „für den Kosmos bestimmt“; die „Leidenschaft, neue Grenzen aufzustoßen und nach neuen Entdeckungen zu suchen“, ist „Teil des amerikanischen Nationalcharakters“ und „Fundament der amerikanischen Geschichte“. Die Rede von „Herausforderungen“, die nie groß genug sein können, ist hier nicht nur die übliche verlogene Tour, jede Auskunft über das Was und Wie der amerikanischen Politik in einem Meer aus Pathos, Pioniergeist und Patriotismus zu ersäufen; bei den Vorstößen zu immer fernerer Welten gilt tatsächlich die Devise: Der Weg ist das Ziel. Eine bemannte Raumfahrt zum Mars gilt als „schwierig, sehr schwierig“, was bei diesem Unternehmen kein Einwand, sondern gerade, bildlich gesprochen, der Antrieb ist. Und dieser Antrieb wird kein bisschen dadurch geschwächt, dass Wissenschaftler es als die „wichtigste Aufgabe des ersten Mars-Fahrers“ betrachten, „die computer- und robotergestützte Forschung möglichst wenig zu beeinträchtigen, die amerikanische Flagge zu hissen – und sich bald auf den strapaziösen Heimweg zu machen.“ (Frankfurter Allgem. Sonntagszeitung, 11.1.). Auch wenn es für den ersten Menschen auf dem Mars nichts weiter zu tun gibt, als mal eben kurz da zu sein und einen Fußabdruck auf dem roten Planeten zu hinterlassen – der Umstand, dass dieser Mensch ein Amerikaner ist und Amerika es schafft, ihn dorthin zu schießen (und ihn anschließend wieder heil zur Erde zurückzubringen!), ist den USA einigen Aufwand wert.

Soviel Pioniergeist entfaltet Amerika, weil es den Weltraum für einen Bereich hält, der für die Konkurrenz der Nationen von grundsätzlicher Bedeutung ist: Allein wegen der Mög-

lichkeiten in Sachen Erdaufklärung und Datenübertragung ist die Benutzung des Weltraums militärisch unverzichtbar und wirtschaftlich mehr als nur lohnend; in einem globalisierten Kapitalismus spielen Satelliten für den Bereich der Information und Kommunikation eine ähnlich zentrale Rolle wie Öl für die Produktion. Eine solche Sphäre gilt es vom Standpunkt der amerikanischen Weltmacht aus nicht nur zu *benutzen*, sondern frei und souverän zu *beherrschen*; und George W. Bush teilt dies der amerikanischen Öffentlichkeit und der Welt auf seine eigene Weise mit. Er vergleicht den geplanten Aufbruch ins All mit der Erkundung und Besiedlung des Wilden Westens – und bringt damit bei allen Ausflügen in das Nebelreich nationaler Mythen und Legenden den amerikanischen Standpunkt auf den Begriff: Amerika beansprucht den Weltraum als *seine* Domäne, als sein ureigenstes Territorium, und so, wie einst der Strom der Siedler das „weite, neue Land“ erschlossen und sein „Potential“ der amerikanischen Nation nutz- und verwertbar gemacht hat, so zielen auch die „visionären“ Pläne zur Eroberung des Weltraums darauf ab, *getrennt* von allen Fragen der bestimmten Nutzung des Weltalls die prinzipielle *Verfügbarkeit* des luftleeren Raumes für beliebige Zielsetzungen der amerikanischen Nation herzustellen.

Dieses Interesse sieht sich zunächst mit einer Reihe *technischer* Schwierigkeiten konfrontiert. Es gilt Antriebssysteme zu entwickeln, die die enormen Entfernungen in überschaubarer Zeit überwinden, sowie Materialien und Technologien, die den physikalischen Anforderungen trotzen und zugleich so preiswert sind, dass sie einen routinemäßigen Flugbetrieb erlauben usw. Dazu gehört auch der Ausbau der Fähigkeit zur *bemannten* Raumfahrt, weil diese nicht nur ein schnelles freies Reagieren auf wechselnde Situationen – ohne die Grenzen, die durch den Stand der Automatisierungstechnik gesetzt sind –, sondern ein erhöhtes Maß an *Zuverlässigkeit* des gesamten technischen Apparates auch erzwingt. Der Anspruch auf freie Verfügbarkeit des Weltraums bricht sich nicht nur an physikalischen Gegebenheiten. Nach Spuren von „*fremdem Leben im All*“ muss nicht lange gefahndet werden; sie sind seit einem knappen halben Jahrhundert bei klaren Nächten mit bloßem Auge sichtbar: Auch andere Nationen wollen den Orbit nutzen und stören damit Amerika empfindlich, gerade weil sie Vergleichbares beabsichtigen. So sieht sich Amerika gezwungen, seine Freiheit im All durch den Ausbau seiner technologischen *Überlegenheit* immer wieder neu zu verteidigen; für dieses Problem sehen Bushs Weltraumpläne eine radikale Lösung vor:

2. Diese Vision ist eine Reise und kein Wettrennen. Ich rufe die anderen Nationen dazu auf, uns auf dieser Reise zu begleiten, im Geist der Kooperation und der Freundschaft.

Natürlich verhält es sich in der Sache genau umgekehrt: Diese „*Vision*“ ist ein Wettrennen und keine Reise. Russen und Europäer – letztere mit dem klingenden Namen *Aurora* – haben schon eigenständige Pläne für eine bemannte Mars-Mission; und nicht zufällig hält George W. Bush seine Rede gerade zu dem Zeitpunkt, als sich die amerikanischen Mars-Roboter *Spirit* und *Opportunity* mit dem europäischen Herausforderer *Beagle* einen weltweit übertragenen Wettstreit um die schönsten Bilder bzw. um das Überleben auf dem roten Planeten liefern. Der Kampf um die Beherrschung des Weltalls ist längst entfacht, und keine Nation, die unabhängig von und womöglich sogar gegen Amerika imperialistische Macht entfalten will, kann es sich leisten, hier beiseite zu stehen. Selbst China hat schon einen Mann ins

All geschickt und arbeitet derzeit – sehr zum Verdruss der Amerikaner, die ein „*Pearl Harbour im Weltall*“ fürchten – an der Entwicklung von *Anti-Satelliten-Systemen*.

Die amerikanische Initiative zielt darauf, diesen Kampf um die Oberhoheit im Weltall nicht nur zu gewinnen, sondern ihn aus der Position einer fraglosen Überlegenheit heraus ein für allemal zu entscheiden. Die „*anderen Nationen*“ sollen durch den konkreten Zeitplan der amerikanischen Initiative sowie durch deren radikale Perspektive (Bush verspricht „*die Ausbreitung der Menschheit über das gesamte Sonnensystem*“!) davon abgeschreckt werden, an einem Wettrennen teilzunehmen, das sie doch nicht gewinnen können. Statt ihre nationalen Ressourcen für ein aussichtsloses Unterfangen zu verschleudern, sollen sie sich dem Aufbruch Amerikas ins All anschließen und gemäß dem bereits bei der internationalen Raumstation ISS bewährten Motto „*Ihr zahlt – wir schaffen an.*“ den Griff der amerikanischen Weltmacht nach den Sternen finanzieren. Im Gegenzug dürfen sie dann darauf hoffen, nach Amerikas Ermessen (also jedenfalls mit gebührendem Abstand; auch in dieser Hinsicht hat man bei der ISS schon eindeutige Erfahrungen gemacht) an der Nutzung „*technologischer Durchbrüche*“ beteiligt zu werden:

3. Auf dieser Reise werden wir viele technologische Durchbrüche erzielen. Wir wissen noch nicht welche, aber wir sind sicher, dass sie kommen und unsere Anstrengungen vielfach belohnen werden.

Bush wirbt für seine Pläne mit dem Argument, sie würden den Fortschritt nicht nur auf dem Gebiet der Weltraumtechnologie, sondern auch in allen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens beflügeln:

„Die Erforschung des Weltalls hat unser Leben in mannigfaltiger Hinsicht verbessert und zu Fortschritten auf dem Gebiet der Wettervorhersage, der Kommunikations-, Computer- und Rettungstechnologie, der Medizin, der Elektronik ... (usw. usf.) geführt.“

Ist ja rührend: Um seinen Landsleuten den Alltag zu erleichtern – „*The benefits of space technology are far reaching and affect the life of every American*“ –, ist dem amerikanischen Präsidenten kein Stern zu hoch und kein Weg zu weit. Und kein Einfall zu blöd: Um einen Fort-

schrift auf dem Gebiet der Medizin oder der Rettungstechnologie zu erzielen, kümmert man sich weder um das eine, noch um das andere, sondern forscht über die speziellen Probleme, die eine bemannte Raumfahrt quer durch das Sonnensystem so mit sich bringt. Andererseits ist der Zusammenhang von Raumfahrt und „*technischem Fortschritt*“ im Allgemeinen und den „*High-Tech*“-Sparten im Besonderen nicht so absurd, als dass der Kapitalismus ihn nicht doch wahr machen würde; auf die Eigenart des „*technischen Fortschritts*“ wirft das allerdings ein bezeichnendes Licht. In der vernünftigsten aller Welten besteht der maßgebliche Nutzen dieses Fortschritts nicht darin, durch die Erfindung nützlicher Gebrauchswerte „*unser Leben zu erleichtern*“, sondern den Bedürfnissen einer konkurrierenden Geschäftswelt Material zu bieten, an dem sich diese dann ganz *frei* nach ihren wechselnden Erfordernissen bedienen kann. Für diese Anwendung ist nicht das Wissen nützlich, sondern der *Wissensvorsprung*, nicht die Technologie, sondern die *überlegene* Technologie; in der Marktwirtschaft wird das Wissen überhaupt erst dadurch interessant und brauchbar, dass andere davon *ausgeschlossen* sind. Das Prädikat „*High-Tech*“ haben sich dann solche Technologieparten verdient, die unter dem strategischen Blick von Staat und Kapital dafür geeignet erscheinen, einen solchen Wissens- und Technologievorsprung dauerhaft zu monopolisieren und zur Waffe in der militärischen Konkurrenz der Mächte sowie im weltweiten Kampf um Marktanteile und womöglich exklusiv zu besetzende Geschäftssparten zu machen. Mit den geplanten Vorstößen ins All hat Bush seiner Weltraumbehörde eine verbindliche Vorgabe gemacht, die ohne eine Reihe „*technologischer Durchbrüche*“ nicht einzulösen ist – und das in einer Sphäre, die nicht nur eine von vielen High-Tech-Abteilungen ist, sondern deren Fortschritt von der Bio-Technologie bis hin zur Materialkunde den Fortschritt aller anderen High-Tech-Abteilungen in sich einschließen soll.

Zur Grundausstattung von demokratischen Politikern, die ihrer Nation einen Vorteil verschaffen wollen, gehört eben die Überzeugung, in der Konkurrenz um exklusives Wissen ein Feld gefunden zu haben, an dem sich die Zukunft der USA entscheidet. George W. Bush teilt die-

Fortsetzung Seite 3, Spalte 3 Mitte

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

Öffentliche Diskussionsveranstaltung

Osterweiterung, EU-Verfassung, Stabilitätspakt, Militärisches Hauptquartier

Der Machtkampf um die Führung in Europa -

beweist, dass eine neue Weltmacht nicht durch das friedliche Zusammenwachsen gleichgesinnter Nationen entsteht.

Donnerstag, 13. Mai 2004, 20.00 Uhr
K4 im Künstlerhaus (Ex-KOMM)
Festsaal, Königstr. 93, Nürnberg

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

Das Ende der Harald Schmidt-Show: Der Hofnarr geht – Deutschland trauert

Ein Entertainer kündigt eine „kreative Pause“ an – und die Welt des schönen Geistes ist untröstlich. „Harald Schmidt zieht sich zurück und hinterlässt ein Publikum, das ratlos, aufgeregt, traurig oder alles zugleich ist.“ (FAZ, 10.12.03). Die großen Tageszeitungen halten ihn für den „größten Verbündeten des Feuilletons“, die Kollegen aus Funk und Fernsehen für „unersetzlich“ und „singulär“. „Für Politiker und Intellektuelle gehört es seit Jahren zum guten Ton, sich öffentlich als Schmidt-Fans zu outen“ (AZ, 9.12.03). „Die Deutschen haben Verlustgefühle, wenn sie an Harald Schmidt denken“ (Die Zeit, 11.12.03). Mit dem angekündigten Ende wird seine Talkshow, seit langem Kultobjekt für sein Publikum, endgültig zum nationalen Kulturgut. Der Mann muss für die Unterhaltung des freien Geistes Großartiges geleistet haben, und Deutschlands größte Tageszeitung bringt es auf den Begriff: „Harald Schmidt ist der Hofnarr der Nation“ (Bild, 9.12.03). Offensichtlich ist dieser traditionsreiche Beruf nicht abhängig von einer besonderen Herrschaftsform. Hofnarr in der Demokratie – wie geht das? Was verliert die Nation, wenn sie Harald Schmidt verliert?

1. Dirty Harry

Mit seiner Late-Night-Show hat er das nationale Tagesgeschehen viele Jahre satirisch begleitet. Die Arbeitslosigkeit, die Wahlen, die Betroffenheit über den 11. September – nichts war ihm heilig, alles hat er zur Zielscheibe despektierlicher Witze gemacht. Anders als manche seiner Kollegen hat Harald Schmidt keine kritische Mission; er will weder mit den Mitteln der Satire die Abwesenheit demokratischer Ideale (Hildebrandt) noch die Dummheit einer verrohten Volkseele (Polt) geißeln. Harald Schmidt will unterhalten – und er tut dies, indem er sein Publikum in der letzten Stunde des Tages über die Ehr- und Anstandsfragen erhebt, denen es den lieben langen Tag Respekt zollt. Damit hat er selbst die Wächter der demokratischen Debattierkultur zum Lachen gebracht und auch noch ihre Bewunderung erungen:

„Solche Sätze sind wie Hochgebirgsklettern in Sandalen. Absturz garantiert. Eigentlich. Hat Hitler jemals die Vertrauensfrage gestellt? Und was passierte damals mit Abweichlern? Harald Schmidt wirft die Frage mit harmlos großen Augen seinem Adlatus Manuel Andrack zu und balanciert ohne jedes Straucheln am Abgrund des Nazivergleich entlang, als wäre nichts. Und wenn das Studio Publikum solche Ausflüge aufs Tabu-Terrain mit erschrocken-verlegenem ‚Hohoho‘-Lachen begleitet, blökt der Late-Night-Entertainer unvermittelt grob ‚hohoho‘ zurück. Knapper und sarkastischer kommentiert keiner das Tagesgeschehen.“ (Nürnberg Nachrichten, 23.12.03)

Was will uns „Deutschlands Chefzyniker“ mit seiner Anspielung eigentlich sagen? Dass die ewige Rücktrittsdrohung von Kanzler Schröder sich Maßstäben der Regierungskunst verpflichtet weiß, die auch der Führer zu schätzen wusste? Dass der Unterschied zwischen Faschismus und Demokratie nicht so groß ist, wie man hierzulande gerne glaubt? Oder dass Abweichler es noch nie so gut hatten wie heute? Ehrlich gesagt: Wir wissen es nicht, und die, die solche Ironie in den höchsten Tönen loben, vermutlich auch nicht. Unser Star-Satiriker will eben weder die Gepflogenheiten der innerparteilichen Demokratie für ihre Nähe zum Faschismus tadeln noch umgekehrt eine solche Kritik von sich weisen. Mit der „Leichtigkeit“ und „moralischen Indifferenz“, die das Feuilleton so sehr an ihm liebt, spielt er auf beides an und mit beidem, nimmt jede Aussage zum Anlass, sich mit einer flapsigen Bemerkung von ihr zu distanzieren, verweigert also den Ernst, den die Öffentlichkeit bei der Befassung mit diesem Thema erwartet, und macht dieses kokette Balancieren am Rande eines Tabus zur eigentlichen Botschaft bzw. zum Gegenstand des Genusses.

Von dem Sumpf, auf dem dieser Humor seine schillernden Blüten treibt – das demokratische Deutschland institutionalisiert in den höheren Etagen der Staatsbeweihräucherung einen Vergleich zu seinem faschistischen Vorgänger, der gegen alle Gesetze der Logik nur Differenzen und kein *tertium comparationis* mehr kennt, erklärt seinen Rechtsvorgänger zum Inbegriff des Bösen und stellt sich mit der demonstrativen Verurteilung der Vergangenheit eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für alle Zukunft aus –, von diesem Sumpf also muss unser

Scherzkeks nicht viel wissen und schon gleich gar nichts verstanden haben. Für seine Zwecke ist es völlig ausreichend, dass er mit dem Instinkt des ewigen Pennälers spürt, dass hier ein moralischer Kotau verlangt ist – und schon hat er eine Gelegenheit gefunden, ihn zu verweigern. Wenn ihm sein Auditorium auch noch den Gefallen tut, sich bei diesem Ausflug auf Tabu-Gebiet befangen zu zeigen, dann ist „Dirty Harry“ in seinem Element, weil er durch das Nachhaken und Sich-Absetzen von seinem verlegenen Publikum seine exklusiven Qualitäten als freier Geist erst so richtig demonstrieren kann. All das versetzt die professionellen Beobachter der Unterhaltungs- und Humordlandschaft in schieres Entzücken: Welcher Mut, welches Geschick, was für ein *Esprit*! Sein Künstlernamen ist Harald Schmidt Programm: Es kommt ihm nicht darauf an, eine bestimmte Sache aufzuspießen und sie ihrer Lächerlichkeit zu überführen. Vielmehr ist ihm keine Gelegenheit zu blöd, um seine lockerflockige Art an den Mann zu bringen; und so greift er wahllos nach jedem „Tabu“, um sich daran zu reiben. Diese Sorte Humor gibt ihm seine Themen rund um das Feld der *political correctness* vor: Ein bisschen sexuelle Anspielung, ein paar Witze über Frauen (Harald Schmidt ist so frei, titulierte sie zuweilen als „Weiber“ und langt Samantha Fox an die Brüste – Wahnsinn!). Mit Üzgür, dem radebrechenden Chauffeur, macht der „Cheffe“ die Figur des subalternen Ausländers zum *sidekick*, seine Polenwitze macht er zum running gag, mit dem er sein treues Publikum jahrelang unterhält – und das nach dem immergleichen Muster: Wenn Schmidt einen Polenwitz erzählt, dann macht er nicht wie Meier und Müller einen schalen Stammtischwitz – dann sorgt er bei der Intelligenzija für gute Laune, weil einer, der es nicht so meint, einen Witz machen darf, den einer, der es so meint, eben nicht machen dürfte. Man lacht mit – über die eigene *political correctness*, von der man sich unter Harald Schmidts Anleitung erholt. Man ist ja nicht verbiestert und kennt schon das Bedürfnis, Frauen, Ausländer, Arbeitslose und andere inferiore Existenzen herabzusetzen, das man sich und anderen im normalen Leben verbietet. Davon nimmt man vor Mitternacht eine kleine, garantierte unschuldige Auszeit. Verlacht wird nicht nur die offizielle, sondern auch und erst recht die oppositionelle Sittlichkeit der Republik: Der Protest, der sich unter Berufung auf seine Betroffenheit Gehör verschaffen will (Protestgruppierungen wie „Ärzte gegen den Atomkrieg“ und das Ansteckfähnchen zum „Weltaidstag“ verhohnepipelt er mit der Anstecknadel „Rinder gegen den Wahn“), die Müslizene, die wegen ihres alternativen Anstands Berücksichtigung verlangt (der Lieblingsfeind: die zickende Oberstudienrätin in Birkenstock-Sandalen), die Aufregung über den Umgang mit Arbeitslosen („...dieses unfassbare Elend eines arbeitslosen 42-jährigen Elektrikers, dem man schon wieder keinen Job als Chirurgen anbietet.“), kurzum: quer durch alle Abteilungen des bürgerlichen Geistes- und Gemütslebens einfach alles, was dem Publikum irgendwie wichtig ist (bzw. einmal war). Alles wird mit Sarkasmus überzogen, und in keinem Fall richtet sich sein Spott gegen das, was dem verehrten Publikum so alles ans Herz gewachsen ist, sondern allein dagegen, dass *irgendwas* für umstandslos wichtig und gut empfunden wird. Harald Schmidt unterhält mit dem Angebot von Distanz; eine Distanz, für die er weder Inhalt noch Bedingung oder Grund benennt.

Obwohl Schmidt mit seinem Sarkasmus gleichmäßig nach allen Seiten zielt, weil er keine Seite schlecht machen will, sich vor jedem ernstesten Ton hütet, der seinen Witzen Tendenz verleihen könnte, stets den penetranten Charme des idealen Schwiegersohns versprüht und seine Gäste betont fair behandelt, wurde er zu Anfang, als er noch eine ungewohnte Erscheinung war, als haltloser Zyniker missverstanden: Zu Beginn der Show konnten SZ („zotig, zappelig, peinlich“) und BILD über das „Ekelfernsehen um Mitternacht“ überhaupt nicht lachen.

Im Laufe der Zeit finden Entertainer und Publikum dann doch zusammen. Das Publikum lernt, dass Harald Narrenfreiheit hat und seine Seitenhiebe auf das Zeitgeschehen nicht ernst genommen sein wollen, und kann sie deshalb als Akt geistiger Freiheit genießen. Schließlich ist die sittliche und politische Ver-

fasstheit der Republik unumstritten; man kann also zeigen, dass man Spaß versteht. Endgültig vollzogen ist die Wende, als nach Jahren der Verstimmung die Bildzeitung merkt, dass sie unter der Rubrik „Das Beste aus der Harald Schmidt-Show“ die üblichen Polen- und Weiberwitze abdrucken kann und den volkstümlichen Humor damit nicht nur bedient, sondern auch noch adelt. Denn bei einem, der solche Witze machen darf, weil er es nicht so meint, kann sich das einfache Volk ungeniert über die Scherze amüsieren, die es dann sehr wohl so meint.

Der Erfolg eröffnet dem Satiriker neue Freiheiten. Wenn er es schon geschafft hat, dass seine Show von der Bildzeitung empfohlen und von der FAZ unverhohlen bewundert wird, dann kann er auch dazu übergehen, sein Erfolgsrezept nicht mehr nur auf das Zeitgeschehen, sondern vor allem auf sich, seine Show, und den Kult-Status, den beide genießen, anzuwenden. So wird aus „Dirty Harry“ –

2. His Schmidtness

und seine Show – wie seine Kollegen von der *Titanic* moniert haben – zunehmend „selbstreferentiell“. Statt seine Zuschauer mit Gags und Pointen zu unterhalten, unterhält er sie jetzt mit der Anspielung auf Gags und Pointen, die er früher einmal gemacht hatte; diese Anspielungen macht er zum running gag, um sich alsbald mit einer Anspielung auf die Anspielung zu begnügen ... Zum tausendsten Mal

GEGENSTANDPUNKT 1-04

Die Krise des europäischen Projekts und ihre Produktivkraft für den Machtkampf der EU-Nationen

Europas vereinigte Vaterländer haben es weit gebracht mit ihrem Projekt, zu einer gemeinsamen Macht, einem dominierenden Zentrum der Weltwirtschaft und einem ernstzunehmenden Konkurrenten beim Beaufsichtigen der Staatenwelt aufzusteigen, ohne ihre nationale Souveränität wirklich aufzugeben. Dabei konkurrieren sie nicht nur auf die verlogenste Art mit den USA, sondern auch im Namen eines gemeinsamen Europa mit und gegeneinander darum, dieses Gebilde ihren nationalen Vorstellungen gemäß auszugestalten. Derzeit dreht sich der Streit um die fundamentalen Mittel und die grundlegende politische Ausrichtung, die ihren Staatenbund zu durchschlagenden Erfolgen beim Weltgeschäft und beim Weltordnen befähigen sollen: *Geld, militärische Schlagkraft, strategische Positionierung, verfassungsmäßig gesicherte Entscheidungsgewalt*. All das läuft für die großen Nationen, die sich dazu berufen sehen, die Führungsrolle zu übernehmen, immer dringlicher auf die Frage hinaus, wie und ob es ihnen gelingt, sich als *europäische Vormacht* zu etablieren und die anderen Mitgliedsstaaten unterzuordnen.

Landwirtschaft im Kapitalismus

BSE, Maul- und Klauen-Seuche, Schweinepest... Bevölkerung und Öffentlichkeit sind jedes Mal aufgebracht und besorgt. Alle erregen sich über den ‚Wahnsinn‘, der in der Landwirtschaft an der Tagesordnung ist. Krankhaft Tiere hochzuchten, unbekömmliche und ungesunde Lebensmittel herstellen, nutzlose Überschüsse produzieren – alles auf Staatskosten... – eingefleischteste Anhänger der Marktwirtschaft verstehen die Welt nicht mehr. Statt aber an den vertrauten Ideologien über die beste aller möglichen Wirtschaftsweisen zu zweifeln, klagen sie unverantwortliche Bauern, profitgierige Futtermittelproduzenten, Brüsseler Bürokraten und säumige nationale Kontrollbehörden an, wenn wieder einmal etwas von den schädlichen Usancen dieses Gewerbes öffentlich wird. Vom *System*, das alles das hervorbringt, wollen alle, die verständnislos den Kopf schütteln, einfach nichts wissen. Sie beruhigen sich prompt wieder, wenn der Staat Durchgreifen verspricht, Figuren auswechselt und Zeit ins Land geht. Der **GegenStandpunkt** nicht. Er klärt auf über *das Geschäft der Bauern*, über *das kapitalistische Geschäft mit den Bauern* und über *die politische Betreuung des Bauernstandes im Kapitalismus*.

Neue Sitten in den Tarifverhandlungen der Metall- und Elektroindustrie

‚Tariffrunden‘ gibt es, weil die lohnabhängigen Arbeitnehmer sonst unter die Räder kommen. Arbeitgeber verfolgen nämlich das Jahr über im Betrieb in der Regel höchst erfolgreich das Ziel, bei gleichem Lohn die Leistung ihrer Arbeitskräfte zu steigern. Und als Verkäufer auf

rückt er seine Brille zurecht, kündigt die Studioband an, oder trinkt auch nur einen Schluck Wasser – und all das gerät zur selbstironischen Demonstration souveräner Gelassenheit, die mit großer Geste zelebriert wird. Das Publikum steht dem eigenen mitternächtlichen Amüsement zuweilen ratlos gegenüber –

„Harald Schmidt bringt es fertig, seine Zuschauer mit genial läppischem Scheiß in seinen Bann zu schlagen. Wieso fasziniert mich dieser Unfug? Keine Ahnung. Ich habe wie irre Tränen gelacht.“ (SZ, 10.12.03) –

und ist in wachsender Zahl begeistert. Das spornt den *Meister* zu immer neuen Höchstleistungen an: Kann er es schaffen, ein Publikum bei der Stange zu halten, dem er alle Elemente von Unterhaltung verweigert? Harald Schmidt schaut minutenlang auf Schnecken und Kreisel, lässt die Bildübertragung auch mal ganz entfallen und sendet Schwarzfernsehen. Jetzt ist das Auditorium nicht nur begeistert, sondern geradezu fasziniert. Je mehr Schmidt sich weigert, sein Publikum zu unterhalten, umso mehr ist es davon überzeugt, einem echt intellektuellen Ereignis beizuwohnen. Gerade das geistlose Geblödel – eine raffinierte Form von „Zeit-Pornographie“, eine „Annäherung an den Stillstand, das Nichts, die Nacht ... *Mediale Leere, Sonnenfinsternis, vorübergehende Massenblindheit* ...“ (Die Zeit, 11.12.03). Hier geht es um nichts weniger als die „Verhöhn-

Fortsetzung Seite 4, Spalte 3 unten

dem Markt beglücken Unternehmer die Lohnempfänger auch noch mit einer laufenden Teuerung –, so dass das festgelegte Entgelt ständig real sinkende Tendenz zeigt. Das ist Anlass und Gegenstand tariflicher Verhandlungen – um mit Hilfe der Gewerkschaft ein Stück Kompensation für die Veränderungen bei Lohn und Leistung zu erreichen. Dieses Jahr aber läuft alles gründlich anders. Im Jahr 6 der Schröder-Republik legen die Metall-Arbeitgeber einmal eigene Forderungen auf den Tisch. Sie verlangen ‚Kompensation‘ – nämlich die Freiheit, in ihren Betrieben wieder bis zu 40 Stunden arbeiten zu lassen für weniger oder überhaupt kein zusätzliches Geld, auszumachen an der Gewerkschaft vorbei mit den leicht erpressbaren Betriebsräten... Ein Fortschritt in der jährlichen Auseinandersetzung um Lohn und Leistung, dem der **GegenStandpunkt** ein paar grundlegende Wahrheiten über *die Natur des kapitalistischen Geschäfts*, über *die Rolle der Lohnarbeit* in ihm, über *Notwendigkeit und Nutzen der Arbeitslosigkeit* sowie über *die Leistungen der Gewerkschaft* entnimmt.

Libyen - Noch ein ‚Dritter Weg‘ am Ende

Gaddafi verzichtet weltöffentlich auf Massenvernichtungswaffen, verpflichtet sich auf Einhaltung der einschlägigen Verträge. Die USA feiern das als einen Sieg und als guten Grund, mit ihrer Antiterrorpolitik entschieden fortzufahren. Die Öffentlichkeit beglückwünscht Bush mehr oder weniger euphorisch zu seinem Erfolg, hält aber die Sache noch lange nicht für erledigt: Ist der Sinneswandel Gaddafis echt oder will er nur aus der Schusslinie? So kommen weder das Vorgehen Gaddafis noch die Diplomatie der USA im Zeichen des ‚Antiterrorkriegs‘ richtig zur Sprache, statt dessen lauter mit neidvoller europäischer Skepsis gewürzte Spekulationen, dass Amerikas Kriegsdiplomatie am Ende doch erfolgreicher als gedacht sein könnte. Aufklärung über diesen neuesten ‚Fortschritt in Richtung mehr Weltfrieden‘ tut also not

Im Buchhandel erhältlich:

Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen

Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofspl. 8, 90456 Nürnberg

Die Bücherkiste, Schlehengasse 12, 90402 Nürnberg

Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg

Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38, 90473 Nürnberg

Bestellungen beim GegenStandpunkt-Verlag,

Türkenstr. 57, 80799 München

Tel.: 089/272 16 04, Fax: 089/272 16 05

Email: gegenstandpunkt@t-online.de

Sozialistische Gruppe Erlangen Nürnberg (SG)

c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen

www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

Wechsel an der Spitze der SPD

Zum Stand der Technik im Fach Willensbildung

Der Vorwurf der *Manipulation* von Wahlen und Wählern, den sich „*gelenkte*“ – also *unfertige* und ein wenig *unechte* – Demokratien seitens ihrer in dieser Herrschaftsform seit langem geübten Zensoren so leicht zuziehen, ist *innerhalb* der imperialistischen Mutterländer der freiheitlichen Demokratie ziemlich ausgestorben. Die Methoden der Betörung des Wählerwillens treten hier selbst als *Programm* auf und reklamieren nicht ohne Aussicht auf Erfolg Anerkennung und Zustimmung. Das macht *unsere* Demokratie so echt.

1.

An der Maßnahme – Schröder gibt Parteivorsitz an Müntefering ab – und an ihrer Begründung ist deswegen auch nichts Rätselhaftes; eine verborgene Absicht oder gar versteckte Hinterhältigkeit ist nicht zu ermitteln.

- Die Verlegenheit der SPD stammt aus den objektiven Daten des Politbarometers. Wenn etwas glaubwürdig ist an Politikern, dann das, dass sie sich um ihre Glaubwürdigkeit Sorgen machen. Der schwindende Zuspruch muss neu erworben werden, sonst fehlt es im „Superwahljahr“ an den nötigen Wählerstimmen und die Regierung ist weg vom Fenster. Die Ermächtigung zum Regieren droht ihr entzogen zu werden.

- Dass die Anhänglichkeit der Wähler, die auch die „Basis“ heißen, schwindet, „hat zu tun mit“ den „Reformen“, die die Regierung veranstaltet. Die Parteiführung ist nach reiflicher Überlegung zu einer Diagnose gelangt – darüber, wie beides miteinander zu tun hat. Die Basis hat *nicht eingesehen*, was die wichtigste und einzig respektable Eigenschaft der Reformen ist – sie sind *notwendig*. Ihr ist zu „vermitteln“, dass die Not des Gemeinwesens – und die seines Sozialstaats zumal – durch gewisse „harte Einschnitte“ gewendet werden muss, die kein Grund für einen Verlust von Vertrauen in die Regierenden sein dürfen, sondern *für* die sprechen, die sie „handwerklich sauber“ durchführen. Die Lagebeurteilung der Partei mündet deshalb nicht in eine Kritik an den grundsätzlich *gutartig* gehaltenen Wählern, und schon gar nicht in Zweifel an der „alternativen“ Reformpolitik. Vielmehr in eine Selbstkritik der Partei, der postwendend Taten folgen. Sie hat versagt: beim „Rüberbringen“, zu Deutsch: „Kommunizieren“; hat also ihren Wahlverein nicht „zusammengehalten“, die „Basis nicht mitgenommen“. Das ist aber auch kein Wunder. Des Kanzlers Zeit und Kraft geht für die Notwendigkeiten des Gemeinwesens drauf, und für die demokratische Notwendigkeit durchschlagender Werbung für sich und die Partei, die sich so vorbildlich auf die Zukunft des Standortes versteht, war nichts mehr übrig. „Überlastet“ gibt er schweren Herzens „Macht ab“.

2.

Das ist eine ernste Herausforderung an die *Kompetenz der Presse*, auch Öffentlichkeit genannt. Diese Wächter der demokratischen Sittlichkeit ersäufen noch jede politische Entscheidung in der Frage, ob sie „durchsetzbar“, „nachhaltig“, „machbar“ ist, ob sie ankommt & Mehrheiten findet, also *gelingt* – obwohl doch das demokratische Prozedere einen einzigen Hindernislauf für politische Tatkraft darstellt. Als Liebhaber der Lüge, die Politik ihrer Nation stecke dauernd in einer prekären Abhängigkeit von ihrer und des Publikums Gunst, erkennen sie sofort das Problem, das ihnen Gelegenheit gibt, ausführlich den *Erfolg* der lautstark angesagten Manipulation am Verhältnis von Führung und Gefolgschaft zu begutachten. Hier hat die Regierungspartei *ihr* Generalthema zur Hauptsache erklärt, zum Gegenstand einer Entscheidung gemacht, in der Hoffnung, dass ihr der „personelle Schachzug“ an der Spitze der SPD als *Bemühung* um die Wählerschaft positiv angerechnet werde. Sie hat beschlossen, einen Parteivorsitzenden ausdrücklich zur PR-Agentur der Partei zu ernennen, die ihre Regierungsfähigkeit, also ihre Macht über Deutschland behalten will.

Man weiß also, welche Fragen breitgetreten werden müssen.
- Ist Müntefering geeignet? Hat er genug „Stallgeruch“, kennt er die Seele der Partei in- und auswendig genug, um ihre Gefolgschaft herbeizuquatschen, ohne das Handeln der Regierung zur Disposition zu stellen?

- Oder folgt er besagter Seele wg. Verwandtschaft in die (falsche) Richtung von „Kritik und Aufweichung der Reformen“, mutiert er zum Anwalt der Unzufriedenheit? Wohnt seiner künftigen Amtsführung, trotz aller gegenläufigen Ansagen, da gäbe „es nichts zu korrigieren“ nicht doch etwas von „Kurswechsel“ inne, von Rücksichtnahme auf alte „sozialdemokratische Werte“? Ist der Schwindel des neuen Vorsitzenden wirklich ehrlich gemeint, das Sozialdemokratische an der Partei, das ihr Schröder gerade abgewöhnt hat, wieder hochleben zu lassen, aber mit der ausdrücklichen Prämisse, das dürfe keinesfalls praktisch und ernst genommen werden?

- Oder schafft er es, denen, die unzufrieden sind mit der Partei, beizubringen, dass die SPD bei der regierungsamtlichen Vollstreckung deutscher Notwendigkeiten immer noch am meisten Vertrauen verdient, weil sie ihr Werk nämlich ausdrücklich gegen Sozi-Ideale richtet – also wirklich nur so regiert, weil es nicht anders geht? Und: verdient der neue Parteichef dabei nicht besondere Glaubwürdigkeit wegen seines offen eingestandenen Opportunismus der Macht? Er, selbst einmal eher „reformskkeptisch“, habe schließlich erkannt, dass „Regieren das Wichtigste“ sei in der Politik, habe sein „Damaskuserlebnis“ gehabt, als er gemerkt habe, dass der SPD die Wähler davonliefen, weshalb, wenn *er* die Notwendigkeit von Reformen eingesehen habe, sich alle anderen in und außerhalb der Partei doch auch dieser Einsicht anschließen müssten...

3.

Ein spannendes Geschehen, fürwahr! Es lebt davon, dass das Volk – ganz gleich, ob es Münteferings oder Stoibers Überredungskunst mit seiner Gunst honoriert – *seinen Willen bilden* lässt. *Ob* es sich die Zumutungen der Reformen gefallen lässt, steht ja wirklich nicht auf der Tagesordnung. Die ist besetzt mit einer zusätzlichen Anforderung, der die Bürger zu entsprechen haben. Vom Schwachsinn umzingelt sind sie gehalten, ihre Verdopplung in *Citoyen* und *Bourgeois* bis hin zur kollektiven *Schizophrenie* auszuleben. Die Regierung bestätigt bedauernd ihre *Kenntnis von den Opfern*, die sie „den Leuten“ zumutet, ohne aber eine „Verlangsamung des Reformtempos“ oder gar Revision in Aussicht zu stellen. Sie ergänzt diese Zumutungen vielmehr durch eine weitere, indem sie fordert, nicht die geschädigten Interessen zum Beurteilungsmaßstab der Regierungspolitik zu machen, sondern davon ausdrücklich abzusehen. Für ihr Sozialparprogramm im Dienst des Standortes verlangt sie umstandslos Anerkennung vom *Citoyen* im geschädigten Wähler und Lob für die tüchtige und furchtlose Verwirklichung des „unpopulären“ Notwendigen. Und wenn der diese Anforderung verstanden hat und die Kosten sparende Verwaltung seines *eigenen Lebensunterhalts* als „Problem“ der *Regierung* beurteilt, dann kann er von Reformen betroffen sein und zugleich doch Laune zum SPD-Wählen haben, wenn die Partei ihn mit ihrer „Überzeugungsarbeit“ dazu bringt, dass sie „es“ doch kann. Dafür soll jedenfalls der „Neustart“ der SPD mit Müntefering sprechen, und das Angebot ans Publikum, gut zu finden was Müntefering sagt, auch wenn es das gleiche ist, was man bei Schröder nicht leiden konnte, weil Müntefering eben nicht Schröder ist. Diese Erwartung baut auf vorangegangene Erfolge demokratischer Willensbildung: Darauf, dass die Wahlbürger die ganze Welt, einschließlich ihrer eigenen Interessen als soziale Charaktere, aus der Perspektive der Regierenden betrachten, die ihnen all das antun, was sie alltäglich beschäftigt. Aus diesem Blickwinkel werden alle Ereignisse, mit denen sie beschäftigt werden, so disparat sie sein mögen, vergleichbar. Die Erinnerung an ein Interesse – gleichgültig, ob es ihr eigenes ist: „Praxisgebühr“, „Rentenkürzungen“, „LKW-Maut“ – fungiert dann nur mehr als *Ziat* für die ge- oder misslungene politische *Organisation* des ganzen Ladens und seiner *Erfolgsaussichten*: Bringt man in Deutschland endlich eine Gesundheitsreform ohne „Chaos“ hin? Lässt man hierzulande die Kultur verschlampen, wenn eine frühere Pornodarstellerin einen nationalen Filmpreis bekommt? Spricht es für oder gegen die deutsche Gerechtigkeitswirtschaft, wenn „Autobahnraser“ ins Gefängnis müssen? Wer so in die Rolle des

ideell Mitregierenden geschlüpft ist, der ist reif für den Fortschritt, den ihm die Volkspartei SPD zutraut. Die ist schon seit längerem ihre Tour leid, ihre Wähler als „Arbeitnehmer“ anzusprechen und ihnen von da aus eine goldene Brücke zu verantwortlichen Bürgern eines demokratisch-kapitalistischen Gemeinwesens zu bauen. Die hat ja mit Schröder probiert, das pure ‚Wir-können-es-besser!‘ zum Argument für die SPD zu machen, und wenn das die „Parteibasis“ nicht versteht, ihre Wähler nicht erreicht, dann bekommt sie einen feuerroten Müntefering, der ihr wieder Laune macht.

So kommen dann die *Unterordnung* unter die nationalen Notwendigkeiten und die *Freiheit* der Kritik an ihrer organisatorischen Bewältigung durch die Politik schön zusammen und bezeugen die Leistungsfähigkeit der modernen Willensbildung in *reifen* Demokratien: Sie kann Unzufriedenheit evozieren in der Sicherheit, dass sie konstruktiv ist, und das staatsbürgerliche *Interesse am Gelingen* der Politik sogar noch auf den Erfolg oder Misserfolg von angesagten *Tricks* zur Wählerbetörung ausdehnen.

Diese Wähler, als zu kostspielige Zeitgenossen definiert und mehrheitlich einer Verarmungskur zum Wohle Deutschlands unterzo-

gen, dürfen das Angebot wahrnehmen, als Mehrheit die Macht über das deutsche Allgemeinwohl zu vergeben. Wenn sie unter Anleitung von Sabine & Co als *mächtige Opfer* in Aktion treten, womöglich sogar im Wirtshaus oder auf dem Heimweg die Frage aufwerfen, ob sich die Regierung hält, sind sie reif – nicht für die Klapmühle, sondern für die Demokratie.

Nachdruck aus GEGENSTANDPUNKT 1-04 erhältlich im Buchhandel

Die wöchentlichen Analysen der Redaktion des GEGENSTANDPUNKTS in Radio Lora können im Internet zum Nachlesen abgerufen werden unter:

<http://gegenstandpunkt.lora924.de>

EIN NEUER AMERIKANISCHER AUFBRUCH INS ALL Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4

se Überzeugung mit seinem Kollegen Schröder, der – wenngleich mit bescheideneren Mitteln – mit der Idee der „*Eliteuniversität*“ Gleiches bezweckt: Mit dem Zugriff auf einen monopolisierten Wissens- und Technologievorsprung sollen im Konkurrenzkampf an einer *strategischen* Stelle die Weichen gestellt werden; mit dem Sondervorteil der „*Ressource Wissen*“ soll der Wettstreit der Nationen bereits entschieden sein, noch bevor die eigentliche Konkurrenz um neue Märkte und Exportbilanzen überhaupt beginnt. Das Bestreben, die Konkurrenz dadurch zu bestehen, dass man sie durch den Besitz einer Sonderbedingung im Vorfeld dieser Konkurrenz *beherrscht*, steht gerade heute besonders hoch im Kurs. In diesem Sinne soll die amerikanische Weltrauminitiative nicht nur die militärische und politische Sonderstellung der USA unangreifbar machen, sondern sich zugleich auch ökonomisch *lohn*en – und damit die glorreiche Tradition der amerikanischen Geschichte fortführen, in der sich schon zu Zeiten des Wilden Westens die Anforderungen von Gewalt *und* Geschäft in außergewöhnlich harmonischer Weise ergänzt haben.

George W. Bush schreitet sogleich zur Tat:

4. Ich werde vor dem Kongress beantragen, das NASA-Budget um ungefähr eine Milliarde Dollar, verteilt auf fünf Jahre, zu erhöhen. Dies ist nur ein Anfang. Spätere Entscheidungen zur Finanzierung des Projekts werden im Zeichen der erzielten Fortschritte stehen.

Einigen ist das zu wenig. Allen voran der NASA selbst, die das Projekt einer bemannten Mars-Mission am liebsten gleich nach der Mond-Landung in Angriff genommen hätte. Aber die NASA hat jetzt immerhin eine Milliarde mehr, einen Auftrag und wieder eine Perspektive – sowie die Pflicht, dafür durch interne Umschichtung weitere 10 Milliarden aufzutreiben.

Anderen ist das schon zu viel. Die Öffentlichkeit im alten Europa, neidisch auf soviel Machtentfaltung in der neuen Welt, und die Opposition in Amerika, neidisch darauf, dass sie diese Macht nicht selbst entfalten darf, halten das Projekt für einen „*Wahlkampf-Gag*“. Einer demokratischen Öffentlichkeit ist der Umstand, dass das zentrale Wahlkampf-Argument in der Inszenierung *nationaler Größe* besteht, so vertraut und so selbstverständlich, dass sie sich glatt vorstellen kann, der amerikanische Aufbruch ins All wäre für den Wahlkampf bloß *inszeniert*; diesen Verdacht versucht sie zu erhärten, indem sie den Realismus des Projekts bezweifelt und darauf verweist, dass wegen der hohen Kosten bereits Bush senior mit ver-

gleichbaren Plänen am Veto des Kongresses gescheitert sei.

Von solchen Zweifeln ist Bush junior nicht angekränkt. Den Nörglern von der Opposition hält sein NASA-Chef entgegen, dass das Vorhaben – zunächst! – „*den durchschnittlichen Steuerzahler nicht mehr als die Gebühren für das Kabelfernsehen kostet*“; spätere finanzielle Entscheidungen stehen dann nicht nur im Zeichen erster „*Fortschritte*“, sondern werden auch angesichts der vollendeten Tatsachen gefällt, die der Umbau und die Ausrichtung der NASA auf das neue Konzept geschaffen haben. So kommt das Projekt in die Gänge *und* bietet George W. Bush die Gelegenheit, seine Führerschaft in Amerika und Amerikas Führerschaft in der Welt ins strahlende Licht eines epochalen Fortschritts zu setzen, den die USA stellvertretend für die gesamte Menschheit erzielen. Allein die Ankündigung des US-Weltraumprogramms vor dem Hintergrund der „*gestochten scharfen Nahaufnahmen*“, die die aktuelle amerikanische Mars-Mission, im Gegensatz zur europäischen Konkurrenz („*Beagle meldet sich nicht!*“), pünktlich liefert, projiziert ein Bild unbeschränkter amerikanischer Kraft und Herrlichkeit an den Sternenhimmel, das konkurrierende Nationen, die Geschäfts- und Finanzwelt und nicht zuletzt das eigene Volk beeindruckend soll. Auch wenn der amerikanische Präsident kein ausgewiesener Fachmann für Weltraumtechnik ist – bei der Handhabung des *politischen spin-off* der Raumfahrt kennt er sich aus.

5. Wir entscheiden uns dafür, den Weltraum zu erkunden, weil dies unser Leben verbessert und unsere nationale Moral hebt. So let us continue the journey. May God bless.

Das humanistische Pathos, mit dem George W. Bush die amerikanischen Weltraumpläne versieht, hat gute Menschen zu der Nachfrage veranlasst: „*Und was ist mit dem nationalen Gesundheitswesen, mit dem weltweiten Kampf gegen Armut und Malaria? Gibt es auf Erden nicht dringendere Probleme?*“ (DIE ZEIT). Die Verwechslung einer amerikanischen Marslandung mit einem Dienst an der Völkergemeinschaft sowie der gesamten Menschheit ist zwar durchaus von offizieller Seite beabsichtigt – aber im Sinne einer eindeutigen Klarstellung: Die protzig inszenierte amerikanische Größe ist der Dienst, den Amerika der Menschheit im Allgemeinen und seinen Bürgern im Besonderen schuldig ist; dies *ist* der Beitrag zur Verbesserung seines Lebens, den ein patriotisch gesonnener Amerikaner sich von seiner Regierung erwarten kann. Die Arroganz der Macht und die auftrumpfende Dummheit ihres leitenden Angestellten ist eben das schönste Werbeargument für die Sache der Nation.

Nachdruck aus GEGENSTANDPUNKT 1-04

Nur darum geht's beim "Sozialkahlschlag": Eine nationale Offensive gegen den Lohn – für überlegene deutsche Wirtschaftsmacht

1.

Die Herrschenden meinen es ernst mit der Volksverarmung. Die Nöte im Portemonnaie, die sie mit dem Sozialstaatsumbau der lohnabhängigen Menschheit bescheren, sind keine bedauerliche Nebenwirkung einer eigentlich gut gemeinten Sanierung der Sozialkassen; sie sind auch kein Fehlgriff bei der Verfolgung des lobenswerten Zwecks namens "Schaffung von Arbeitsplätzen"; sie sind weder ein kurzfristiges Antikrisenprogramm noch die eigentlich ungewollten Kollateralschäden einer aktuellen Finanznotlage: Sie sind gewollt. Die Kosten des Sozialen sollen gesenkt werden – und zwar auf Kosten der Versicherten! Der Druck zur Annahme immer schlechter bezahlter Arbeit, den die Kürzung der Leistungen aller Kassen auf Arbeitende und Arbeitslose gleichermaßen ausübt, ist Zweck der Veranstaltung: Die Arbeit soll billiger werden, damit das Kapitalwachstum vorankommt.

2.

Deshalb hilft es überhaupt nichts, den staatlichen Machthabern vorzurechnen, wie schlecht ihre Reformen dem Volk bekommen. Das trifft sie nicht. Von wegen: Das können sie doch nicht ernsthaft wollen! Die Auswirkungen kennen sie, diese Opfer wollen sie und fordern sie ein. Auch gut gemeinte Vorschläge, wie sich doch auch ohne immer neue Härten für die Massen Sozialkassen sanieren und Arbeitsplätze schaffen ließen, gehen an der Sache vorbei: Solche Vorschläge nehmen die Zielsetzung nicht ernst, die die Regierenden mit ihrem Verarmungsprogramm verfolgen. Dabei machen die Regierenden gar keinen Hehl aus den materiellen Schäden, die sie ihrem Volk zumuten. Offen verordnen sie ihrem Volk "radikales Umdenken" in Sachen sozialer Sicherheit. Abschied nehmen soll man von gewohnten Leistungen; alles andere gilt als "Anspruchsdanken", das sich nicht mehr gehört. Das Volk hat sich gefälligst daran zu gewöhnen, dass manches ab sofort nur noch bedingt geht und anderes gar nicht mehr. Jeder Beschwerde, jedem Protest begegnen die herrschenden Machthaber ziemlich ungerührt mit einem deutlichen "Weiter so!". Sie versprechen ihrem Volk nur eines: Dass sie sich durch keinerlei Bedenken von ihrem neuen Kurs abbringen lassen werden.

3.

Die Regierenden haben nämlich befunden: Die alten Sozialsysteme vertragen sich nicht mehr mit dem Auftrag, Wachstum zu fördern und den Wirtschaftsstandort voranzubringen. Ihr Befund lautet: Die Arbeit ist in Deutschland zu teuer; und der Aufwand, den die sozialen Kassen für den Unterhalt von Arbeitslosen, Kranken, Rentnern, Sozialhilfeempfängern treiben, ist zu hoch. Zu hoch für wen, ist auch keine Frage. Sicher nicht für diejenigen, die vom Lohn leben müssen und seit neuestem lauter neue Zusatzkosten aufgebürdet bekommen; denen das Arbeitslosengeld gekürzt oder gestrichen wird oder die sich in Billiglohnjobs dienstbar machen dürfen; die mitgeteilt bekommen, dass ihre Rente gesenkt wird und ihre Kosten bei Krankheit steigen. Zu hoch sind die Aufwendungen für sozialstaatliche Betreuung unter einem ganz anderen Gesichtspunkt: Sie sind Kosten, die die deutsche Wirtschaft und die Staatskasse belasten. So lautet der offizielle Befund, der den Reformkurs anleitet: Der Wirtschaftsstandort Deutschland hält die Finanzierung des Lebensunterhalts der arbeitenden Menschheit im bisherigen Umfang einfach nicht mehr aus.

4.

Mit diesem selbstkritischen Befund reißt die Politik den alten Sozialstaat ein. Derselbe Staat, der dieses System eingerichtet, es jahrelang für gut und nützlich befunden und auf immer neuem Niveau organisiert hat, befindet es nun für untragbar. Seine neue Optik lautet: Statt dass die Sozialsysteme – wie es bislang ihre Aufgabe war – ein gedeihliches Umfeld für das kapitalistische Profitmachen schaffen, stehen sie ihm im Wege. Die Maßnahmen, mit denen der Staat die nationale Arbeiterschaft betreut, sowie der dafür betriebene finanzielle

Aufwand gelten der Politik nunmehr nicht mehr als Hilfsmittel für freie und flexible Benutzung der Arbeiterschaft durchs Kapital; sie gelten als ein einziges Hindernis für den rentablen Einsatz der Arbeitskraft. Die Betreuung, die der Sozialstaat den Arbeitslosen hat zukommen lassen, definiert die Politik nun als Grund für die wachsende Arbeitslosigkeit: Mit "Lohnersatzleistungen" sei Leuten ermöglicht worden, sich dem Zwang zur Arbeit zu entziehen; so seien sie nicht für den Arbeitsmarkt fit gehalten, sondern gerade umgekehrt dem Arbeitsmarkt entzogen worden. Und der Aufwand für Krankheit und Alter gilt der Politik nicht mehr als notwendige Betreuungsleistung der Arbeiterklasse, sondern nur noch als lästige Kost, die das Kapital unzumutbar belastet. Auch das Arbeits- und Tarifrecht erfährt eine Umdefinition: Statt nützlicher Regeln für das gedeihliche Zusammenwirken von Kapital und Arbeit liegen hier nach neuestem Befund lauter Beschränkungen vor, die das Kapital an Wachstum bringenden Investitionen hindern.

5.

Der Weg der Reform ist damit klargestellt. Wenn der Staat an seinen eigenen Maßnahmen ganz einseitig nur noch den Gesichtspunkt festhält, dass sie kosten und das Kapital belasten, dann reicht es ihm nicht mehr, mit seinen sozialstaatlichen Maßnahmen das Wachstum des Kapitals zu begleiten und sozialfriedlich abzusichern. Dann geht es ihm darum, aus dem Sozialstaat ein Hilfsmittel für das kapitalistische Wachstum zu machen – und das geht der Natur der Sache nach nur durch dessen radikale Demontage. Aus ihrer Selbstkritik folgt für die regierenden Politiker deshalb messerscharf: Mit einer radikalen Absenkung von sozialstaatlichen Leistungen und neuen arbeitsrechtlichen Freiheiten muss dafür gesorgt werden, dass das Kapital die nationale Arbeiterschaft zwecks Stärkung der deutschen Wirtschaftskraft wieder verstärkt in Dienst nimmt. Dazu muss der Preis der nationalen Arbeit von allen verfälschenden Zusätzen befreit werden, die Unternehmen daran hindern könnten, mit ihr als lohnender Kost zu kalkulieren. Wozu übrigens auch gehört, dass diejenigen, die zum Profitmachen nicht benutzt werden, sich in Lebensverhältnissen unterhalb des neuen Normallohnniveaus zu fügen haben. So werden nicht nur die staatlichen Kassen geschont; so wird zugleich sichergestellt, dass jede Entlassung, die das Kapital vornimmt, zum unwidersprechlichen "Anreiz" für die Entlassenen wird, auch wirklich jede Arbeit anzunehmen.

6.

Diese neue Sorte Indienstahmme der deutschen Arbeitermannschaft soll dem Kapital vom deutschen Standort aus zu neuen Weltmarktsiegen verhelfen. Sie soll – verbunden mit allen anderen Potenzen, die mithilfe von Steuersenkungen für Unternehmen, Innovationsoffensiven, Eliteunis usw. auf dem Standort mobilisiert werden können – Deutschland zu einem unschlagbaren Angebot für alle anlagewilligen Kapitalisten der Welt machen. Hier sollen sie ihr Vermögen anlegen, deutsche Arbeitskraft in Dienst nehmen und damit sicherstellen, dass Deutschland seinen Erfolgsweg als Weltwirtschaftsmacht mit neuer Kraft fortsetzen kann. Ein solches Angebot muss her, weil Deutschland im Kampf um Wachstum und Kapitalanlage in Konkurrenz zu den anderen mächtigen Wirtschaftsnationen steht, die ebenfalls alles daran setzen, Land und Leute bei sich zum attraktiven Standort für das kapitalistische Geschäft herzurichten. In dieser Konkurrenz soll Deutschland nach dem Willen der politischen Macher obsiegen. In diesem Konkurrenzkampf bringen sie Leistung und Lohn der arbeitenden Bevölkerung als bedeutende nationale Ressource zum Einsatz. Die soll den Geschäftssinn derer beeindruckten, die ihr kostbares Geldvermögen nur dort und dann in "Arbeitsplätze" investieren, wenn für ihren Reichtum garantiert ein Mehr herauspringt.

7.

Die neuen Ansprüche, die die Politik selbst an den Kapitalstandort Deutschland stellt, sind der Grund für ihren Radikalismus im Umgang mit Lohn und Sozialleistungen. Die politische

Gewalt unterschreibt vorbehaltlos das Recht des Kapitals, nationale Arbeitermannschaften wie alle anderen "Standortfaktoren" nur nach einem einzigen Maßstab zu vergleichen: Was lässt sich aus ihnen an Gewinn heraus schlagen. Sie bekennt sich dazu, dass der Lebensunterhalt der Leute davon abhängig sein soll, wie gut die Nation in diesem Vergleich besteht; und sie tut mit aller Macht das Ihre dazu, dass die "Arbeitskosten" dabei jedenfalls nicht im Wege stehen.

Die politische Führung der Nation präsentiert sich mit diesem Programm in trautem Einklang mit deutschen Wirtschaftsbossen. Die sehen die Sache schon immer so, dass der Staat mit seinem Sozialklimbim ihrem persönlichen Recht auf Profitmachen im Wege stehe. Dieser neue Einklang hat seinen Grund allerdings keineswegs darin, dass die Politik vor "der Wirtschaft" eingeknickt wäre und ihren eigentlichen Auftrag vergessen hätte, sich fürsorglich um das ganze Volk zu kümmern. Es ist schlimmer: Die Politik hat ihre ganz eigenen Gründe dafür, Land und Leute so konsequent der Rentabilitätsrechnung des kapitalistischen Geschäfts zu unterwerfen. Vom Gelingen dieser Rentabilitätsrechnung hängt nämlich ab, über welche ökonomischen Potenzen die Nation verfügt: Die nationale Steuerkraft, der Wert des nationalen Geldes beruhen darauf, welches Wachstum das Kapital hierzulande zuwege

bringt. Und wenn sich das gewünschte Wachstum heutzutage allein über den Erfolg im Standortvergleich einstellt, dann sieht sich der Staat herausgefordert, alle seiner politischen Macht verfügbaren Mittel zum Einsatz zu bringen, damit das Kapital seine Bereicherung als Dienst an deutschem Reichtum betreibt. Auf den ökonomischen Mitteln, die dieses Wachstum einspielt, beruht die ökonomische Macht und damit auch die politische Macht der Nation. Deshalb dürfen deutsche Bürger erfahren, was es sie kostet, ökonomische Ressource einer reichen und mächtigen Nation zu sein, die sich aufmacht, Weltmacht zu werden.

Flugblatt zu den Aktionstagen gegen den Sozialkahlschlag: Einwände gegen Illusionen über Armut und Reichtum im Kapitalismus Nr. 3

Die weiteren Flugblätter aus dieser Reihe Nr. 1 Was ist eigentlich "sozial"? oder: Warum der Sozialstaat nicht verteidigt gehört Nr. 2 Die Lüge von der "solidarischen Finanzierung" der Sozialsysteme:

- von den einen als Lohnnebenkosten bekämpft - von den anderen als sozialer Wert gepriesen.

Nr. 4 "Es ist genug für alle da!", verkündet attac. Und warum gib's dann so viele Arme?

Nr. 5 "Stopp Steuerflucht!" (Kampagne attac) – Warum das denn?

Nr. 6 Ein ganz schlechter Einwand: "Die dürfen den Sozialstaat nicht demonstrieren. Das ist doch ein historisch erkämpfter Besitzstand!" erhältlich unter <http://streitschriften.argudiss.de>

Die SG bietet einmal im Monat einen Diskussionstermin zu Themen aus Politik und Wirtschaft an.

Diskussionstermin

Systematische Verarmung von oben, ...

Über den Gehalt der stattfindenden Reformen lässt der Staat keinen Zweifel aufkommen: Sie sind eine Offensive gegen den Lohn. Unzufrieden mit anhaltenden Engpässen im staatlichen Haushalt, ausbleibendem wirtschaftlichen Wachstum und Deutschlands Stellung in der internationalen Konkurrenz ist die Politik zu der „Einsicht“ gekommen, dass hierzulande die Arbeit zu teuer und die sozialen Aufwendungen für Arbeitslose, Rentner etc. zu hoch sind. Dass diejenigen, die vom Lohn leben müssen, dies nur mehr schlecht als recht können, nur mit allerhand Einteilungskünsten über die Runden kommen und deshalb in Notlagen wie Arbeitslosigkeit, Krankheit etc., auf Sozialleistungen angewiesen sind, fiel dabei nicht ins Gewicht. Maßgeblich ist allein der Umstand, dass für das Kapital die Löhne Kosten sind. Und da gebietet es dann „die Realität“, diese Belastung abzubauen durch Senkung von allen Lohnneben- und -hauptkosten – zwecks Stärkung deutscher Wirtschaftsmacht.

... Friedensangebote von unten

Angesichts des staatlichen Programms, deutsches Wirtschaftswachstum durch Verarmung seiner lohnabhängigen Bürger voranzubringen, lag der Protest gegen den „Sozialkahlschlag“ einigermassen daneben. Er ließ sich gar nicht auf den von oben aufgemachten Interessensgegensatz ein. Im Gegenteil:

- Statt sich zu fragen, was es mit einem Wirtschaftswachstum auf sich hat, das die Verarmung der Beschäftigten braucht, und einer solchen Veranstaltung eine Absage zu erteilen, lässt man sich auf die staatliche Sorge ums Wirtschaftswachstum ein und gibt zu bedenken, ob die eigene Verarmung nicht der Wirtschaft schade, weil das Kapital doch Massenkaukraft braucht. Ja, wenn es so wäre, dass Kapitalisten ihr Geschäft darüber machen, dass sie ihren Arbeitern genügend Geld geben, damit sie ihnen ihre Waren abkaufen, dann gäbe es wirklich keine Probleme ...

- Aber nicht nur das. Man erklärt auch den von oben aufgemachten Gegensatz für eigentlich unnötig, für das Resultat uneinsichtiger Politik. So erklärt attac vollmundig, dass es die vom Staat verordneten Einschränkungen eigentlich gar nicht bräuhete, weil es heutzutage doch „genug für alle gibt“. Fragt sich nur, wenn es genug für alle gibt, warum dann die meisten nichts haben? Vielleicht ist das, was genug für alle ist, gar nicht für alle vorgesehen?

- Bei so viel Konstruktivität fiel deshalb auch die Hauptforderung des Protests sehr bescheiden aus: Erhaltung des Sozialstaats von gestern. Wer dies fordert, unterstellt, dass von der Arbeit für die Rendite des Kapitals die Arbeiter noch nicht einmal ein Leben lang leben können. Sollte man nicht lieber dagegen vorgehen, statt nur eine etwas pfleglichere Verwaltung der mit der Lohnarbeit offenbar einhergehenden Armut zu fordern?

Gelegenheit über die Politik der gezielten Verarmung und den sehr vertrauensseligen Protest dagegen zu diskutieren gibt es am

Mittwoch, 12. Mai 2004, 20.00 Uhr

Im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1. OG), Erlangen

www.sozialistischegruppe.de

DAS ENDE DER HARALD SCHMIDT-SHOW
Fortsetzung von Seite 2, spalte 4 oben

nung des Fernsehens im Fernsehen“, den Tanz am „Quotenabgrund“ eines „Quoten-Maximierungssenders“.

Hat die Öffentlichkeit bei „Dirty Harry“ das Paradox affirmativer Ironie als einen Akt geistiger Freiheit genossen, so schätzt sie nun bei „His Schmidtmess“ die selbstverliebte Anwendung dieses Paradoxes auf seinen Anstifter: Ein Spötter, der nicht nur die Welt, sondern auch den Spötter und sein Medium selbst verspottet! Und so geht der Dialog zwischen dem Dichter und seinen Interpreten weiter, wie er weitergehen muss: „Deutschlands intelligentester Showmaster“ bedankt sich für so viel Verehrung und ironisiert auch dieses Kompliment – nicht ohne zu zeigen, dass er dessen würdig ist. Kommentarlos verliert er die dunkelsten Stellen aus Kants „Kritik der reinen

Vernunft“, stellt mit Playmobil-Figuren die Odyssee und klassische Opern nach und erzählt die Geschichte von dem Mann, dessen Windhunde Minima und Moralia hießen.

Jetzt bekommen auch die Verwalter des zeitgenössischen Kunst- und Hochkulturerbes feuchte Augen; erleben wir hier doch den „Impresario des absurden Fernseh-Theaters“. Und die Mattscheibe, die schwarz bleibt – ist das nicht eine Anspielung auf Magrittes weißes Quadrat auf weißem Hintergrund? Finden so – und das in einem „schmuddeligen Privatsender“! – „das Banalitätsgebot des Fernsehens und unser aller Hoffnung auf intellektuelle Erlösung zusammen?“ (FAZ, 10.12.03)

Es gibt also doch ein richtiges Fernsehen im falschen, und dafür gibt's Fernsehpreise und Auszeichnungen zuhauf. Kulturministerin Krause schlägt vor, Harald Schmidt einen Preis für Kulturkritik zu verleihen. Zu Recht.

Nachdruck aus: GEGENSTANDPUNKT 1-04